

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontor  
Dresden 1590,  
Stroßasse:  
Riesa Nr. 52

Nr. 188.

Freitag, 14. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kleinschriftzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfließt, durch Abgabe irgendwelcher Erklärungen des Betreibers der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Baumwollflut.

Von Wilhelm Renner.

Der Gouverneur des Staates Mississippi hat den Gouverneuren sämtlicher Baumwollstaaten der USA den Vorschlag gemacht, die Baumwollpflanzung aufzufordern, jede dritte Reihe in den Baumwollkulturen ungesät zu lassen, um so die zu erwartende Überproduktion auf ein halbwegs erträgliches Maß zurückzuführen.

Hunderttausende von Säcken Kaffee müssen ins Meer geschüttet werden. In den Gummipflanzungen Indochinas gefoltert hat, ungenutzt. In Kanada und Argentinien wird Weizen in Lokomotiven verfeuert. In Oklahoma sperrt der Staatsgouverneur mit Maschinengewehren die Böhrlöcher, weil die Petroleumkönige in dem schlaffen Gold zu ertrinken drohen. Und nun also schließt sich auch die Baumwolle diesem trostlosen Reigen an. Es ist schon ein recht bezeichnendes Bild von dem gegenwärtigen Zustand der Weltwirtschaft, das sich in diesen Tatsachen spiegelt, und man muß vielleicht noch hinzufügen, daß auch schon die Automobilindustrie tiefste Mittel flüssig macht, um durch Verkürzung alter Autos ihre Absatzmöglichkeiten wieder ein wenig zu erweitern und daß das meeresberührende Nilon von seinen Schiffbauindustriellen einen Fonds zum Ankauf stillzuliegender Aktien sammeln muß, eine Methode, die übrigens auch in Deutschland nicht unbekannt ist.

Die steigende Baumwollflut verdient unter allen diesen Erscheinungen eine besondere Beachtung, weil es sich hier um einen Rohstoff handelt, der einen Wert von rund 25 Millionen RM darstellt, von dessen Produktion Millionen von Menschen in USA, Britisch-Indien, China, Ägypten und Rußland leben, von dessen Wertung allein in Deutschland die Mehrzahl der 1,2 Millionen Textilarbeiter lebt und in der ganzen Welt über 3 Millionen Webstühle in Gang sind.

Jetzt allerdings feiern von diesen 3 Millionen Webstühlen der Welt mehr als 20 Prozent, Gerade daraus wird die hoffnungslose Lage der Baumwollproduzenten ersichtlich. Nicht ein einziges Mal seit den Jahren 1923/24 hat der Baumwollverbrauch der Welt das Angebot der Rohbaumwolle auch nur annähernd erreicht. Im allgemeinen blieb der Verbrauch um 20 bis 35 Prozent hinter dem Angebot zurück; im Erntejahr 1930/31 überstieg die Verforgung der Welt mit Rohbaumwolle den Weltverbrauch sogar um beinahe 100 Prozent (37,3 Millionen Ballen Angebot gegenüber einem Verbrauch von ca. 20 Millionen Ballen). Dieser Entwicklung von Angebot und Nachfrage entspricht naturgemäß die Preisentwicklung, die von dem großen Durchschnitte während der vergangenen Jahre, das heißt von ungefähr 21 Cent je Pfund engl. zu einem Tiefstand von 7,97 am 10. August d. J. geführt hat. Einem vorläufigen Tiefstand, denn an den Baumwollbörsen der Welt herrscht gegenwärtig das Chaos, nachdem sich herausgestellt hat, daß die schon überaus günstigen, d. h. also für den Baumwollhandel verheerenden Schätzungen über die amerikanische Baumwollernte jetzt noch als viel zu niedrig angesehen werden müssen. Bekräftigen sich die vorliegenden Meldungen über eine voraussichtliche amerikanische Baumwollernte von ca. 15,6 Millionen Ballen bei einem noch verfügbaren Bestand aus dem Vorjahr in Höhe von ca. 9 Millionen Ballen, so wird nichts anderes übrigbleiben, als die Hälfte davon aufzukaufen und ins Meer zu versenken, wo es am tiefsten ist, oder lebenden Augen dem Zusammenbruch eines der stolzesten Gebäude der Weltwirtschaft zuzusehern. Denn sowohl die ägyptische wie die indische Baumwollernte, die beide zusammen immerhin noch 23 Prozent der Weltmenge zu liefern pflegen, während die USA 70 bis 75 Prozent stellen, scheinen in diesem Jahre ausgezeichnet ausfallen zu wollen, und da der Hektarertrag der Baumwollkulturen in USA weitaus geringer ist als der aller anderen Baumwollproduktionsländer außer Ostindien, befindet sich die Baumwolle in den USA, von vornherein in der Defensive bei dem Verweissungskampf, den der Baumwollweltmarkt jetzt durchläuft.

In diesem Zusammenhange muß wenigstens angedeutet werden, daß hier die Dürregründe für das großartige amerikanische Baumwollkreditangebot an Deutschland liegen und daß es bei allem guten Willen gegenüber den USA nicht zu verantworten wäre, wenn Deutschland auf dieses Angebot zu den anfangs vorgeschlagenen Bedingungen einging. Man braucht nur darauf zu verweisen, daß die Baumwollkurse in Bremen von 18,80 im August 1930 auf 7,97 am 10. August 1931 gesunken sind und daß der Sturz sich noch immer fortsetzt. Angesichts der auf dem Weltmarkt befindlichen Vorräte und der Unmöglichkeit einer raschen und durchgreifenden Erholung der Weltmarkt ist ein plötzliches Steigen der Preise als nahezu ausgeschlossen anzusehen, dagegen weiteres Absinken durchaus möglich, so daß es ein sehr fragwürdiges Geschäft werden könnte, wenn Deutschland auf der gegenwärtigen Preisbasis umfangreiche Käufe für den Bedarf von 2 Jahren abschließen würde.

Aber über diesen Sondergeschickspunkt hinaus verdient die Katastrophe am Weltbaumwollmarkt volle und ungeschränkte Aufmerksamkeit als eines der deutlichsten Symptome für die Weltwirtschaft nicht nur des Weltkapitals, sondern auch der Weltarbeiterschaft. Es ist ein weiterer Akt in der Menschheitstragödie, die wieder unter Auswand von ungeheuren Milliarden an Rückzahlungsgeldern auf den Rücken künftiger Arme hinkeuert, anstatt die in so unproduktive, mörderische Anlagen investierten Kapitalien zur Entwicklung der volks- und weltwirtschaftlich noch brachliegenden Teile der Erde zu verwenden.

## Das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages.

Dringende Hilfe tut not, sonst Zusammenbruch unter den Fürsorgelasten.

Als erste Gruppe der öffentlichen Körperschaften unterbreiten jetzt die Gemeinden durch den Vorstand des Deutschen Städtetages der Reichsregierung ihr Sanierungsprogramm, das in eingehenden Vorbereitungen mit den maßgebenden Stellen der Reichs- und Staatsregierung erörtert worden ist und wahrscheinlich in den nächsten Wochen die Diskussionsbasis für die Sanierung der öffentlichen Haushalte bilden wird.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Muler, gab in einer Pressebesprechung einen Überblick über das vom Städtetag vorgeschlagene Sanierungsprogramm. Dr. Muler führte dabei u. a. aus, daß sich die Wirtschaftskrise durch ein immer schnelleres Ansteigen der Fürsorgelasten und ein Absinken der Einnahmen ausgewirkt habe. Für das laufende Jahr müsse der Fehlbetrag der Gemeinden auf 600 Millionen beziffert werden. Es sei unmöglich, die Fehlbeträge auch nur für einige Monate mit kurzfristigen Krediten zu überbrücken. Was Schule und Bildung anbetreffend, müsse das Ziel in der Volksschule eine vorübergehende weitere Erhöhung der Frequenzen sei; auch bei den übrigen Schularten seien entsprechende Maßnahmen notwendig. In der Bauwirtschaft werde ebenfalls ein stärkerer Abbau folgen. Die Ueberweisung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau im bisherigen Ausmaß könne nicht mehr verantwortet werden. Was das Wohlfahrtswesen anbetreffend, ließe sich die Sonderstellung einzelner Fürsorgegruppen nicht mehr aufrechterhalten. Auch müsse alles Einkommen bei der Bemessung der Unterstützung berücksichtigt werden. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens müsse verhindert werden, schwere Schädigungen bei dem Abbau zu vermeiden; trotzdem werde man nicht ohne entschlossene Eingriffe auskommen können. Auch auf allen sonstigen Gebieten des Kommunalwesens würden die Gemeinden mit dem gleichen Abbaumüssen vorgehen. Selbstverständlich müsse auch der allgemeine Verwaltungsaufwand möglichst verringert werden. Diese Maßnahmen müßten aber zugleich auf einer Verwaltungsreform basieren und könnten nur in Zusammenarbeit mit Reich und Ländern durchgeführt werden.

Das finanzielle Ergebnis der vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen errechnet der Vorstand des Deutschen Städtetages für den Rest des Haushaltsjahres 1931/32 für alle Gemeinden und Gemeindeverbände auf 250 bis 300 Millionen Reichsmark.

Da dieses Ergebnis aber zur Ausgleichung des Fehlbetrages nicht ausreicht, seien weitere Maßnahmen, vor allem des Reiches erforderlich. Was die Frage eines weiteren Abbaues der Gehälter und Löhne anbetreffend, dürfe den Beamten kein weiteres Sonderopfer zugemutet werden, vielmehr müßten alle Gehalts- und Lohnempfänger durch Beiträge die Möglichkeit geben, die erwerbslos gewordenen Volksgenossen in Versicherung und Fürsorge zu erhalten. Gleichzeitig müsse eine starke Senkung des Niveau der Lebenshaltungskosten gefordert werden. Reich und Länder müßten sich weiter an den Kosten der Arbeitslosigkeit beteiligen. Eine Reichshilfe von 80 bis 100 Millionen sei erforderlich, um für den laufenden Monat die notwendigen Zahlungen, insbesondere die Unterstellungen für die nächsten Wochen sicherzustellen.

wendigen Zahlungen, insbesondere die Unterstellungen für die nächsten Wochen sicherzustellen.

Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhange die Behandlung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden. Angesichts der internationalen Verhandlungen, die auf ein Stillhaltefortium für die deutsche Wirtschaft abzielen, müsse das Verlangen auf entsprechende Behandlung der kurzfristigen Kommunalkredite seitens aller ausländischen Stellen nicht als unbillig erscheinen.

Dr. Muler schloß seine Ausführungen wie folgt: „Der Vorstand des Städtetages ist sich darüber klar, daß diese Maßnahmen eine ungeheure Belastung der Bevölkerung bedeuten und auf die Dauer gesehen schwerste Schädigungen auslösen. Die Gemeinden ergreifen im Augenblick schwerster Not die Initiative, um die Unterstützungslasten sicherzustellen und schlimmeres abzuwenden. Ihre Vorschläge sind getragen von dem festen Willen, alle Kräfte zur Ueberwindung der gegenwärtigen und künftigen Schwierigkeiten zusammenzufassen. Die Gemeinden haben den Kampf um die Ueberwindung der Wirtschaftskrise in vorerbter Reihe seit 2 Jahren für die Unterhaltung der Erwerbslosen eingeleitet. Sie lehnen im gegenwärtigen Augenblick um so härter alle Vorschläge ab, die darauf abzielen, durch Zwangsmaßnahmen ihre Schwierigkeiten noch weiter zu erhöhen. Möge die Reichsregierung gemeinsam mit den Körperschaften der Selbstverwaltung handeln.“

Zum Schluß der Pressebesprechung über das Sanierungsprogramm für die kommunalen Finanzen und die Vorschläge für den Ausgleich der öffentlichen Haushalte führte der Präsident des Städtetages, Dr. Muler, auf verschiedene Anfragen noch folgendes aus:

Der Stand der kurzfristigen Verschuldung der Gemeinden ist im Augenblick auf 1,5 Milliarden heruntergegangen. In diesen Zahlen sind aber zugleich die Kassenkredite, also die Betriebsmittel, enthalten, die ungefähr mit 300 Millionen zu schätzen sind. Diese Summe wäre also davon in Abzug zu bringen.

Bezüglich der Lage der Sparkassen: In der Ausdehnung der Sparkassenguthaben haben sich die Gemeinden heute im Durchschnitt auf etwa 13 bis 14 v. H. grundlegend beschränkt. Sie können dabei bis auf 25 v. H. der Sparkassenguthaben hinaufgehen. Die Städte empfinden die Verschwendung dieser Verbindungen durch die Rotverordnungen als ungerecht, da sie diese nicht mißbrauchen haben.

Zur Frage der Arbeitslosen erklärte Dr. Muler, bestimmte Sätze über die Größenklassen lassen sich naturgemäß im Augenblick nicht angeben. Selbstverständlich müsse es sich auch hierbei um nennenswerte Beträge handeln. Zur Frage des Verhältnisses zu den Gemeindefürsorgern hofft Dr. Muler doch auf eine Verständigung.

Die Frage des Rückganges der Einnahmen ist selbstverständlich eine ganz ernste Frage. Wir sind da auf Schätzungen angewiesen. Selbst wenn man aber auf der Einnahmenseite nichts ändert, werden die Einnahmen, so die großen Reichsteuern, aber auch die Gewerbesteuern im Laufe des Jahres zurückgehen müssen. Bei der Umorganisation von Steuern wird man sich natürlich sehr zurückhaltend verhalten müssen. Im Augenblick kann man aber darüber noch nichts Bestimmtes sagen.

## Vertrauensfundgebung der Länder im Reichsrat.

W Berlin. Die finanzpolitischen Beratungen, die gestern in den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und im Vorstand des Deutschen Städtetages stattfanden, haben das Programm einer finanziellen Sanierung der Reichs-, Länder- und Gemeindehaushalte erheblich gefördert.

Die Aussprache im Reichsrat hat als politisch wichtigstes Moment die Festhaltung allgemeinen Vertrauens der versammelten Länderminister in die Auffassungen und Pläne des Reichskanzlers und des Gesamtkabinetts ergeben. Die technische Durcharbeitung dieser Pläne soll nun in der Weise vorgehen, daß im Laufe des Tages eine Sachverständigenkommission ernannt werden wird, in die neben Vertretern der Reichsregierung auch einzelne Landesbeamte als Sachverständige entsandt werden dürften. Dieser Kommission werden die vorliegenden Vorschläge zur Durchprüfung übergeben werden. Man schätzt die Zeit, die zur Vorbereitung der neuen Maßnahmen erforderlich ist, auf etwa 14 Tage, so daß nach zweiwöchiger Sachverständigenarbeit neue Rotverordnungen zur Durchführung des wirtschaftspolitischen Programms zu erwarten sind.

An der Sitzung der Reichsratsausschüsse nahmen u. a. Reichskanzler Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsernährungsminister Schiele, der preussische Finanzminister Goepler-Wischow und der bayerische

Ministerpräsident Heil teil. Dr. Brüning, der ein kurzes einleitendes Referat erstattete, griff wiederholt in die Debatte ein. Er unterstrich die Notwendigkeit einer neuen starken Ausgabenlenkung, wie sie durch freiwilligen Beschluß bereits von den Städten eingeleitet worden ist.

Bei den Beratungen des Reichsrats hat es sich nach der Volk. Stg. um 3 Hauptprobleme gehandelt: Aufbringung der immer härter werdenden Wohlfahrtslasten der Gemeinden, Sicherung der von den Gemeinden aufgenommenen kurzfristigen Kredite und Ausgleich der Etats einzelner Länder, die durch den allgemeinen Steuerrückgang gewisse Fehlbeträge aufweisen werden. Der Gedanke, eine Beitragspflicht sämtlicher Beamten-, Lohn- und Gehaltsempfänger für Zwecke der Erwerbslosenfürsorge stehe außerhalb der öffentlichen Pläne. Die erforderlichen Mittel würden vielmehr durch weitere starke Einschränkung des Personal- und Sachaufwandes beschafft werden müssen. Nach einer von Rotverordnungen wiedergegebenen Korrespondenzmeldung ist eines der Hauptprobleme nach wie vor die Beseitigung der Hausinsolvenz. Die Schwierigkeit besteht aber darin, eine entsprechende Quelle zu erschließen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer bringe deshalb Schwierigkeiten, da der Umsatz nicht so stark belastet werden könne, daß dadurch der Ausfall der Hausinsolvenz in Höhe von 1800 Mil. RM wettgemacht würde.